

Kommunalausschuß für Experten-Anhörung zum Stellen-Management

Zum CDU-Antrag „Mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen — Stellenobergrenzenverordnung abschaffen!“ (Drs. 11/6991) im Ausschuß für Kommunalpolitik (mitberatend) am 25. Mai regte Reinhard Wilmbusse (SPD) eine gemeinsame Anhörung mit dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß zu weiteren Änderungen des öffentlichen Dienstrechts im Hinblick auf eine NRW-Initiative im Bundesrat an. Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) sagte den Bericht der Landesregierung über personalwirtschaftliche Spielräume und kommunale Kernaufgaben zu.

Bei der Beratung der beiden CDU-Anträge Bürokratie-Abbau und Abschaffung der Stellenobergrenzen sprach sich Albert Leifert dafür aus, den Behörden die Verantwortung für Anordnung, Gestaltung und Finanzierung in einer Hand zu geben. Bärbel Höhn (GRÜNE) befürchtete bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, soziale und Umweltstandards würden unter den Tisch fallen. Michael Ruppert (F.D.P.) sagte unter Bezug auf Wahlplakate, Arbeit werde nicht im öffentlichen Dienst, sondern nur durch unternehmerische Kraft entstehen. Reinhard Wilmbusse (SPD) hielt den CDU-Vorschlag, sämtliche Vorschriften fünf Jahre lang auszusetzen, für nicht praktikabel. Die SPD lehne den Antrag ab.

Das Zitat...

„Wissen Sie, es gibt Leute, die einem den Rücken stärken wollen, und dann stellt man fest, sie treten einem rein. Da habe ich eine gewisse Lebenserfahrung.“

Kultusminister Hans Schwier (SPD) bei der Aussprache über den CDU-Antrag zu Fremdsprachen in der Berufsausbildung.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303, 8842304 und 8842545, btx: *56801#

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Daniel Kreutz (GRÜNE)

Die Mobilisierung gesellschaftlicher Gegenmacht ist für Daniel Kreutz die zentrale politische Triebfeder: Mobilisierung gegen Armut, Arbeitslosigkeit und eine Umverteilung von unten nach oben. Der Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht sich als radikaler Interessenvertreter für die Schwachen der Gesellschaft.

Der 1954 in Recklinghausen geborene Parlamentarier knüpft in seinem politischen Engagement an das politische Wirken seiner Großväter an. Während er seine Eltern und ihr Umfeld als Lehrer eher als kleinbürgerlich charakterisiert, seien die Großväter „waschechte Proletarier“ gewesen: Der eine Arbeiterrat in Recklinghausen, der andere KPD-Funktionär. Trotz eines angefangenen Studiums der Germanistik und Philosophie in Köln wollte Daniel Kreutz selbst nie Lehrer werden, die ständige „Disziplinierung von Kindern“ habe er nicht aushalten wollen. Deshalb brach er sein Studium vorzeitig ab und ließ sich zum Maschinenschlosser umschulen. In einem kleinen Sondermaschinenbetrieb wurde er schnell Betriebsratsvorsitzender. Politisiert wurde Daniel Kreutz Anfang der sebziger Jahre durch die Spätwirkungen von Vietnamkrieg und Bildungsnotstand. Er engagierte sich in der „Gruppe internationaler Marxisten“, einer trotzkistischen Splittergruppe, in der er bis zum ZK-Sekretär aufstieg. Er selbst habe schon damals die Auseinandersetzung mit der SPD als „wichtigster Strömung in der real existierenden Arbeiterbewegung“ gesucht; andere K-Gruppen hätten sinnigerweise versucht, den Kapitalismus mit sozialistischer Propaganda zu erschlagen; den realen DDR-Sozialismus empfand er als Begräbnis der eigenen linken Ideale.

In der Gründungsphase der Grünen arbeitete Kreutz in einer Leverkusener Bürgerinitiative und versuchte insbesondere, Gewerkschafter gegen Atomanlagen zu mobilisieren. Die neue Partei lehnte er anfangs ab, da sie versucht habe, überparteiliche Bürgerbewegungen zu vereinnahmen. Doch als die Grünen ein wirtschaftliches Umbauprogramm „jenseits des Systemdualismus aus Kapitalismus und Kommunismus“ zu entwerfen begannen, wurde die Partei für ihn attraktiv; 1986 wurde Daniel Kreutz Mitglied und unverzüglich Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Grüne und Gewerkschaften“. Um nicht nur in der Partei, sondern auch in der Arbeitnehmervertretung politisch „ernster genommen“ zu werden, ließ sich Daniel Kreutz 1990 in den Düsseldorfer Landtag wählen. Seitdem wird er häufig zu Podiumsdiskussionen eingeladen. Im Landtag arbeitet er im Sozialausschuß. Dort ist die SPD, die sich gern als „Partei der kleinen Leute“ präsentiert, für den Grünen-Abgeordneten der zentrale politische Gegner: Gerne weist Kreutz auf die steigende Zahl von Millionären auch in Nordrhein-Westfalen hin; die SPD tue zuwenig gegen die „Bonner Umverteilung von unten nach oben“, wirke mit am Abbau

von Sozialleistungen und passe sich dem allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft an.

In seinem radikalen Engagement für sozial Schwache, Arbeitslose, Behinderte und Flüchtlinge sieht sich der Abgeordnete oft als einsamer Rufer in der Wüste. Selbst in der eigenen Fraktion gilt er als Linksaußen. Seine ernüchternde Bilanz nach beinahe vier Jahren Parlamentsarbeit: In der politischen Diskussion zähle selten das bessere Argument, es gehe vielmehr um bloße Machtpolitik. Kreutz ist fest davon überzeugt, daß gerade SPD-Politiker häufig seinen sozialpolitischen Argumenten folgen; doch die meisten würden schließlich aus Loyalität zur Landesregierung gegen ihre Überzeugung abstimmen.

Daniel Kreutz sieht sich selbst als „Überzeugungstäter“; er sagt, was er denkt. Akribisch arbeitet er Gesetzesentwürfe durch und zeigt sozialpolitische Spielräume auf. Auch über die eigene Fraktion hinaus sind seine Fachkenntnisse durchaus geschätzt, doch vielen gilt er in seiner oft radikalen Kritik nicht als politikfähig. Er selbst verweist nicht ohne Stolz darauf, stets das gemacht zu haben, was er für richtig hält, sich nicht falschen Sachzwängen untergeordnet zu haben.

An materiellen Erfolgen seiner parlamentarischen Arbeit fällt ihm nur wenig ein; da sei mal die eine oder andere Drogenhilfeeinrichtung auf seine Initiative hin gerettet worden, und aus der Forderung eines Lesben- und Schwulenreferats sei eine Landesförderung für den nordrhein-westfälischen Schwulenverband herausgesprungen; immerhin sei sein Büro inzwischen eine anerkannte Hilfsadresse für zahlreiche Minderheiten. Trotz aller Frustration will Daniel Kreutz auch 1995 erneut für den Landtag kandidieren. Er wünscht sich eine rot-grüne Koalition, und da werde er aufpassen, daß sich „die Grünen von den Sozis nicht über den Tisch ziehen lassen“.

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)